



Bonn, 02. März 2023

Bericht zum öffentlichen Webinar:
Nachhaltigkeitspolitik in Krisenzeiten:
**Was hat die Münchener Sicherheitskonferenz gebracht,
was ist von der nationalen Sicherheitsstrategie zu erwarten?**

Im Rahmen der Reihe „Nachhaltigkeitspolitik in Krisenzeiten“ knüpfte SDSN Germany am 02. März 2023 an zwei vergangene Veranstaltungen von März und [August 2022](#) an und lud **Prof. Dr. Ursula Schröder** (Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg) und **Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge** (Ko-Vorsitzende von SDSN Germany und Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS)) zu einem Expertinnen-Gespräch ein. Mit bis zu 50 Interessierten diskutierten sie insbesondere über die Ergebnisse der Münchener Sicherheitskonferenz sowie die Nationale Sicherheitsstrategie und deren Bedeutung für die Nachhaltigkeitspolitik.

Dr. Axel Berger (Geschäftsführender Direktor von SDSN Germany) leitete die Diskussion mit der Frage ein, welche Rolle das Thema Nachhaltigkeit, in all seinen Dimensionen, in den aktuellen sicherheitspolitischen Diskursen spiele. Die beiden Impulsgeberinnen stellten heraus, dass im Angesicht des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein Verlust von Aufmerksamkeit für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda drohe. Oft ständen dabei notwendige kurzfristige Politikmaßnahmen im Gegensatz zu den langfristigen Zielen nachhaltiger Entwicklung. Insbesondere im Bereich der Klima- bzw. Energiepolitik würde das sehr deutlich. Dennoch sei positiv zu bewerten, dass obwohl der Krieg gegen die Ukraine das Erreichen der Pariser Klimaziele und der Agenda 2030 gefährde, diese politisch weiterhin nicht abgeschrieben würden. Im Gegenteil: In der Andockung des Themas Nachhaltigkeit an die aktuelle sicherheitspolitische Debatte könnten Chancen für beide Diskurse liegen.

Mit Blick auf den nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine gelte es einen ganzheitlichen Entwurf für eine grüne Transformation des Landes zu verfolgen. Dies beinhalte eine bessere Einbindung der Ukraine in die Umsetzung des European Green Deal und die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel, um nachhaltige Innovationen und Reformen im Land anzustoßen. Auch eine Ausgestaltung der Governance-Strukturen in Richtung Teilhabe und Mitsprache sei notwendig, da eine Stärkung der Zivilgesellschaft sozialen Polarisierungs- und politischen Autokratisierungstendenzen entgegenwirken könne. Vor dem Hintergrund des schwer abzusehenden Endes des Krieges und der Möglichkeit, dass sich dieser zu einem über Jahrzehnte hinweg schwelenden Konflikt entwickeln könnte, sei es außerdem entscheidend, schon jetzt mit dem Wiederaufbau zu beginnen und diesen kontinuierlich weiterzuführen.

Neben Russlands Krieg gegen die Ukraine wurden auch weitere Krisen, wie die Covid-19 Pandemie und die mit ihr zusammenhängenden Gesundheits-, Ernährungs- und Schuldenkrisen – unter denen viele Ländern immer noch leiden – adressiert. Hinzu komme, laut den Expertinnen, auch noch eine Krise



internationaler Kooperation. Entscheidungen würden verstärkt auf nationalstaatlicher Ebene bzw. im bilateralen Austausch getroffen, in Anbetracht dieser Polykrise sei es jedoch besonders wichtig, vertrauensvolle Allianzen auf- und auszubauen und international zu kooperieren. Auch wenn Kooperationen mit Russland aktuell nicht möglich seien, gelte weiterhin, dass, wie auch schon bei anderen Konflikten, insbesondere Klima- und Wissenschaftspolitik zentrale Felder seien, die zur Anbahnung von solchen genutzt werden können. Grundsätzlich gelte es, die multilateralen Foren des Austauschs, von denen die Vereinten Nationen (VN) nach wie vor als der „Maschinenraum der internationalen Kooperation“ bezeichnet werden könnten, zu stärken. Die zahlreichen pointierten Analysen und Appelle des Generalsekretärs António Guterres zur Dramatik der gegenwärtigen Krisen dürften nicht verhallen – momentan fehle es den VN aber an Kapazität für transformatives und visionäres Handeln. Auch die Initiative „Global Gateway“ der Europäischen Union, die zu einer zielgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik zur Stärkung der Länder des „Globalen Südens“ führen soll, nutze ihr Potential momentan nicht aus. Insbesondere käme jedoch auch den Club-Governance-Formaten, wie den G20, eine zunehmend wichtige Rolle mit Blick auf die Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Stärkung des multilateralen Systems zu. Als ein positives Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit in den entsprechenden Foren wurde die Entstehung und Weiterentwicklung sogenannter *Just Energy Transition Partnerships* (JETP) genannt: Während der Mechanismus der finanziellen Zusammenarbeit zunächst auf der COP26 in Glasgow mit Südafrika beschlossen wurde, wurde dieser von der G7 und der G20 aufgegriffen und schließlich wurden im Rahmen der COP27 in Sharm El-Sheikh weitere solcher Partnerschaften geschlossen.

Ein Fokus auf Kooperation müsse auch im Kontext der voraussichtlich bald erscheinenden nationalen Sicherheitsstrategie gelegt werden. Zentral sei bei dieser ein breiter und integrierter Sicherheitsbegriff, der Abschreckung und Bündnisverteidigung nicht als alleinige Hauptziele ansehe. Sicherheit und Kooperation dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden und die Agenda 2030 sowie die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nicht mit dieser in Konkurrenz geraten. Vielversprechend seien dahingehend auch die am 01. März 2023 durch das Auswärtige Amt veröffentlichten [Leitlinien für feministische Außenpolitik](#) sowie die durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellte [Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik](#). Im Rahmen der Sicherheitsstrategie liege es insbesondere auch an Deutschland und dem transatlantischen Bündnis reziproke Kooperationen auf Augenhöhe mit den Ländern des „Globalen Südens“ zu ermöglichen. Es bestehe die Chance insbesondere die Länder, die sich bis jetzt als neutral gegenüber Russlands Krieg in der Ukraine positionierten, in ihrer Unabhängigkeit von Russland zu stärken und neue Kooperationen aufzubauen. Die gegenwärtige Situation, die eine maßgeblich von wenigen verhandelte internationale Ordnung abgelöst habe, biete auch die Gelegenheit diese Ordnung neu, multipolar, inklusiv und an einem global gemeinwohlorientierten Miteinander ausgerichtet, zu gestalten. Für die Zukunft gelte darüber hinaus auch neue und passende Formate der Kooperation zu schaffen, um dadurch Brücken zu bauen.

Im Herbst 2023 wird eine weitere Veranstaltung im Rahmen der Themenreihe stattfinden.